

Ercheint täglich früh 6 1/2 Uhr.  
Verleger und Expedition  
Johannsgasse 33.  
Verantwortlicher Redacteur:  
Herzogstr. 10-12 Uhr.  
Nachmittags 4-6 Uhr.  
In der Expedition eingetragene Manuscripte macht für die Redaction nicht verantwortlich.  
Entscheidungen der für die nächsten Nummer bestimmten Manuscripte an Wochenenden bis 10 Uhr Nachmittags, an Sonntagen und Feiertagen früh bis 1/2 9 Uhr.  
In den Filialen für Inf.-Annahme:  
In Leipzig, Universitätsstr. 22.  
In Dresden, Rathhausstr. 18, p.  
nur bis 1/2 8 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und

## Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

**Anlage 16,000.**  
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Mk., incl. Postgebühren 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf.  
Gebühren für Extrablätter ohne Postbefreiung 25 Pf. mit Postbefreiung 45 Pf.  
Inserate 5 Gg. pro Zeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichnis. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.  
Reclamen unter dem Redactionsstempel die Spalte 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postvorschuß.

№ 228.

Sonnabend den 16. August 1879.

73. Jahrgang.

### Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen  
**Sonntag den 17. August nur Vormittags bis 1/2 9 Uhr**  
geschlossen.  
**Expedition des Leipziger Tageblattes.**

### Bekanntmachung.

Am heutigen Tage sind  
der Barbierstubebesitzer Herr Friedrich August Rosd, Neumarkt 1 wohnhaft,  
der Kaufmann Herr Carl Friedrich Reibling, Petersteinweg 51, rechter Flügel, 4. Etage wohnhaft,  
zu gewerbmäßigen Ausübung der mikroskopischen Fleischschau verpflichtet worden.  
Leipzig, am 11. August 1879.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Erdmann. Richter.

### Bekanntmachung.

Von den Erben des verstorbenen Herrn Josef Bauer sind in Gemäßheit einer letztwilligen Bestimmung  
1500 Mark zur Verteilung an würdige Arme dieser Stadt bei uns eingezahlt worden.  
Wir sprechen hierdurch auch öffentlich unsern Dank für diesen Beweis mildthätiger Begegnung aus.  
Leipzig, den 13. August 1879.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Erdmann. Richter.

### Gutsverpachtung.

Die Domäne des der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen Rittergutes **Leuchsa** mit 243 Acker 10 □ R. — 134 Acker 50 □ R. Feld (wovon ca. 130 Acker drainirt sind) und Wiese u. s. w. soll vom 1. April 1880 an auf zwölf Jahre an den Meistbietenden anderweit verpachtet werden und bereamen wir hierzu einen Verpachtungstermin auf  
**Sonnabend, den 6. September d. J., Vormittags 11 Uhr**  
im großen Saale der Alten Waage, Katharinenstraße Nr. 29, 2. Etage, an, welcher pünktlich zur angegebenen Stunde eröffnet und, sobald kein Gebot mehr erfolgt, geschlossen wird.  
Die Verpachtungs- und Verpachtungsbedingungen, sowie eine Flurkarte und der Drainirungsplan liegen in unserer Domänen-Inspection im alten Johannisbospitale zur Einsichtnahme auf, wo auch sonst genaue gewünschte nähere Auskunft über das zu verpachtende Gut erteilt werden würde.  
Leipzig, den 26. Juli 1879.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Erdmann. Gerutti.

### Wiesen- und Feldverpachtung.

Folgende der Stadtgemeinde Leipzig und dem Johannisbospitale gehörige, mit Ende dieses Jahres pachtfrei werdende Wiesen und Felder, nämlich

Nr.	Art	Fläche	Ort	Abtheilung	Notiz
1.	4 Acker	199 □ R.	2 Dektar	58,06	Ar Abtheilung I. der ehemaligen Umvertheilung, Barcelle Nr. 2588 des Flurbuchs,
2.	6	296	3	20,30	II.
3.	5	133	8	1,23	III.
4.	—	140	—	25,83	Abtheilung 3. der Fleischwiesen.
5.	2	80	1	19,91	Wiese (Abtheilung 2a. der Ranzbäder Viehwiese) an der alten Eiche zwischen Fregestraße und Seidenroth (der Siegel).
6.	6	217	3	72,06	Abtheilung 3b.
7.	4	38	2	27,46	4.
8.	3	218	2	6,94	5.
9.	2	76	1	24,70	6.
10.	4	278	2	71,73	7.
11.	3	95	1	70,84	8.
12.	4	41	2	28,93	9.
13.	4	3	2	21,99	10.
14.	5	146	3	8,61	11.
15.	11	132	6	33,12	soj. Bayer'sche Wiese, Abtheilungen 1. u. 2.
16.	3	31	1	71,76	Fluthrinne auf der Ranzbäder Viehwiese unterhalb des Deutschen Weges bis an das Gohburger Wasser;

in der Flur Bindenan  
17. 1 Acker 105 □ R. — 1 Dektar 74,71 Ar Feld (soj. Schildwiese) Barcelle Nr. 684 des Flurbuchs sollen zur anderweitigen Verpachtung auf die neuen Jahre 1880 bis mit 1885  
**Sonnabend den 30. d. M. von Vormittags 10 Uhr an**  
im großen Saale der Alten Waage, Katharinenstraße Nr. 29, 2. Etage, veräußert werden.  
Die Verpachtung beginnt pünktlich zur angegebenen Stunde und wird beßgl. eines jeden der im obigen Reihenfolge ausgetretenen Pachtobjekte geschlossen, sobald darauf nach dreimaligem Ausrufe kein weiteres Gebot mehr erfolgt.  
Die Verpachtungs- und Verpachtungsbedingungen sowie die betreffenden Situationspläne liegen in der Expedition unserer Domänen-Inspection im alten Johannisbospitale zur Einsichtnahme auf.  
Leipzig, den 12. August 1879.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Erdmann. Gerutti.

### Bekanntmachung.

Bevor vorzunehmender Revision der neuen Bauten an dem Eßnermühlgraben soll derselbe vom 13. September d. J. ab auf circa 8 Tage abgepflegt werden.  
Indem wir solches zur öffentlichen Kenntniß bringen, fordern wir die Adjacenten hierdurch auf, innerhalb dieser Zeit die etwa nöthigen, ihnen obliegenden Bauten und Reparaturen an Mauer, Brücken und dergleichen auszuführen zu lassen.  
Leipzig, am 14. August 1879.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Erdmann. Baumemann.

### „Zurück auf die Schanzen!“

Von verschiedenen Seiten wird der Ruf nach einer Landhebung der national-liberalen Partei laut. Ist damit der in jeder Wahlbewegung übliche Aufruf gemeint, so haben wir das verlangen vollkommen begründet, und meinen nur, daß nichts verflämmt ist, wenn ein solcher Aufruf auch ein wenig auf sich warten läßt. Hat man aber die Auffassung eines förmlichen Programms im Auge, so vermögen wir ein wirkliches Bedürfnis danach nicht anzuerkennen. Nicht oft und nicht entzweit genug kann es wiederholt werden: die Ziele der national-liberalen Partei sind unüberwindlich geblieben; was sich verändert hat, ist die Haltung der deutschen Regierung. Darauf läßt sich erwidern, gerade zu diesem veränderten Standpunkt der Regierung gelte es Stellung zu nehmen. Aber ist denn dazu der ganze Apparat eines Programms von Nöthen? Es würde nicht einmal in prägnanter Form zu bringen sein, denn der neue Standpunkt der deutsch-deutschen Regierung bedarf ja selbst nach der näheren Aneinanderreihung. Bis jetzt liegt an inhaltlich nicht Anders vor, als der Verleumdung des Ministeriums; über die Absichten vor alle veränderten Regierung ist Bestimmtes noch nicht bekannt. So viel freilich läßt sich aus den Persönlichkeiten der neuen Minister, aus dem Gehören der offiziellen Presse und nicht am wenigsten aus dem Gesamtcharakter der Situation schließen, daß die Regierungspolitik der neuen Reichsregierung nicht mehr, wie Dies eine Zeitlang im Großen und Ganzen der Fall war, in der gleichen Richtung mit dem Streben der national-liberalen Partei bewegt wird. Voraussetzlich würde sich also ein zeitgemäßes Programm der letzteren lediglich in die Wort zusammenfassen lassen: Non possumus! Kein negatives Programm aber aufzustellen, hat unter allen Umständen etwas Mißliches. Und andererseits sind die positiven Ziele, welche die national-liberalen Partei im gegenwärtigen Entwicklungsstadium unseres Staatslebens anstrebt, hinlänglich bekannt. Sie fordern — um nur die Hauptpunkte anzuführen — Beseitigung der Verwaltungsreform in dem Geiste, in welchem sie begonnen worden; sie fordern, daß die Verfassung des Art. 26 der preussischen Verfassung, nach welchem das ganze Unterrichtswesen durch ein besonderes Gesetz geregelt werden soll, endlich zur Wahrheit werde; sie fordern, daß man in der Finanzwirtschaft, in der Bemessung der Ausgaben zu einer nüchternen Berücksichtigung der wirklichen Leistungsfähigkeit des Volkes zurückkehre. Wir möchten, das wären sehr positive, sehr deutliche, sehr praktische Postulate. Und sie ließen sich leicht durch eine Reihe, wenn auch weniger bedeutender Punkte vermehren. Aber es wäre vergebliche Mühe in einem Augenblicke, da — kein Mensch kann sich darüber täuschen — die liberale Partei nicht neue Siege zu erringen hoffen darf, sondern ihre ganze

Kraft zur Verteidigung des Erreichten zusammenzufassen muß. „Zurück auf die Schanzen!“ rief Herr v. Forckenbeck vor einem Jahre den Liberalen zu. Das Wort wurde damals beschrien gedeutet und wenig verstanden. Heute ersetzt es ein Programm. Zurück auf die Schanzen! Nicht zu dem Zwecke einer principiell feindseligen Bekämpfung der Grundlagen des Staates, wie die freiwillig gouvernementale Heerpresse unterchieden möchte, sondern zur Verteidigung der freisinnigen Grundzüge, welche unter harten Kämpfen und Kämpfen in unserer Gesetzgebung Gestalt gewonnen haben. Noch immer meinen Viele, die Befürchtung der heranziehenden Reaction als Spesenhefereien verpöten zu dürfen. Sollte die Zukunft ihnen Recht geben, um so besser. Die Wahrscheinlichkeit ist einseitigen jedenfalls nicht auf ihrer Seite, und darum kann es für uns nur eine Loosung geben: „Zurück auf die Schanzen!“

### Politische Uebersicht.

Leipzig, 16. August.  
Die authentische Wiedergabe der vielfach citirten Rede, welche Herr v. Pattkammer in Eöln gehalten hat, liegt auch heute noch nicht vor. Dagegen werden durch eine Reihe von Blättern noch verschiedene neue Versionen in Umlauf gesetzt. So wenig auch zwischen denselben eine vollständige Uebereinstimmung herrscht, so geht doch aus allen hervor, daß der Minister einen außerordentlichen Gegensatz zwischen seinem Standpunkte und demjenigen seines Amtsvorgängers Fall constatirt hat, und zwar einen Gegensatz sowohl in den politischen wie in den religiösen Ansichten. Nebenbei sei bemerkt, daß hier „religiös“ wohl mit „kirchlich“ verwechselt ist; aber die „religiöse“ Gesinnung des Herrn Fall wird der neue Herr Cultusminister schwerlich ein Urtheil haben. Die „Kreuzzeitung“ ist nun höchlich verwundert, daß die liberalen Zeitungen durch das rückhaltlose Bekenntnis des Herrn v. Pattkammer ganz überrollt erscheinen. Daß die „Kreuzzeitung“ ihrerseits dies Bekenntnis ganz in der Ordnung findet, ist freilich sehr begreiflich. Aber sie irrt sich auch, wenn sie auf liberaler Seite „Ueberwachung“ voraussetzt; im Gegentheil, wir haben die Bezeugung, lediglich den Systemwechsel bestätigt zu sehen, den wir in dem Rücktritt Fall's und in der Ernennung des Herrn v. Pattkammer von vornherein erblickt haben. So großes Aufsehen macht die Eöln'sche Rede nur deshalb, weil die Officiellen die Thatsache dieses Systemwechsels bisher auf jede mögliche Weise geeignet oder wenigstens vertuscht haben. Aus diesem Grunde ist es auch unerlässlich, daß die Worte des Herrn Ministers oder, wenn Dies nicht möglich sein sollte, zum Mindesten der wahre Sinn derselben amtlich und unabweisbar veröffentlicht werden. In Erwartung dieser Veröffentlichung wollen wir einst-

weilen auf die Sache nicht näher eingehen. Wir begnügen uns für heute, den interessantesten Gegensatz zwischen zwei Hauptbestandtheilen der neuen preussischen Regierungsmajorität zu constatiren, wie er auch bei dieser Gelegenheit zu Tage tritt. Die „Germania“ ist über das „Farbebenennen“ des Herrn v. Pattkammer so außer sich vor Freude, daß sie bereits im Namen des ganzen Volkes verlangt, „daß endlich die Wege verlassen werden, welche bisher das Unterrichtsministerium als die kirchliche Politik wandelten.“ Dagegen soll nach dem Organ der freiconservativen Partei, der „Post“, Herr v. Pattkammer sich vor Kurzem dahin geäußert haben, „daß er in zwei Punkten mit Herrn Dr. Fall nicht im Einklange befände, nämlich bezüglich des Principes der Simultanen, die er nur als einen Nothbehelf betrachtete, und bezüglich der evangelischen kirchlichen Angelegenheiten.“ Demnach würde also das Centrum in der Hauptfrage von dem neuen Minister eben so wenig zu erwarten haben, wie von seinem Vorgänger. Man darf gespannt darauf sein, wie ein solcher Postulatum und freiconservative demnach Schalter an Schalter kämpfen werden.

Zur Lage wird uns aus Berlin vom Donnerstag geschrieben: „Je näher der Termin heranrückt, an welchem die Urwahlen folgen werden sollen, desto mehr läßt sich die Situation sowohl innerhalb der liberalen Parteien, als zwischen diesen und der Regierung. Auch ohne bestimmte formalste und feste Verabredung wird zwischen der Fortschrittspartei und dem sogenannten linken Flügel der National-liberalen eine Cooperation bei den bevorstehenden Wahlen stattfinden, da das Bewußtsein eben immer allgemeiner wird, daß nur durch ein gemeinsames und entschlossenes Vorgehen die drohenden Gefahren der politischen und kirchlichen Reaction überwunden werden können. Obgleich die meisten zwischen Laßler, von Forckenbeck einerseits, Richter, Hänel andererseits augenblicklich wenige Differenzpunkte bestehen, die nicht bis zu einer günstigen Gelegenheit vertagt werden könnten. (Und will diese Taktik noch ziemlich zweifelhaft erscheinen. D. Red.) Allgemein findet hier das Vorgehen der fortschrittlichen Wähler in Breslau Beifall, auf Grund weniger bestimmter Forderungen, die an die Candidaten gestellt werden sollen und sich ganz innerhalb des Programms der national-liberalen Partei bewegen, für die Urwahlen den National-liberalen ein Bündniß vorzuschlagen, den Wahlmännern aber die Nomination der Candidaten für die Abgeordnetenwahl anheimzustellen. Wenn übrigens die Regierung und die reactionären Parteien auf die Ermüdung und Abspannung der preussischen Wähler gerechnet haben, so dürften sie doch die Rechnung ohne den Wirth machen. Die Wahlbewegung, die sich übrigens schon jetzt in Fluß befindet, wird nach Dresden, die täglich

auf den Provinzen in größerer Zahl einlaufen, eine äußerst lebhaft werden. Ramentlich die Reaction, die auf dem Gebiete der Schulgesetzgebung droht, hat die Leute im Lande sehr erschreckt und fordert ihren Widerstand heraus. Das Treiben der Officiellen gegen alle liberalen Regungen, das heute schon keinen Unterschied macht zwischen Debel und Laßler, zwischen Liebknecht und von Forckenbeck, trägt ungemein viel dazu bei, die Wähler zu erheitern und zur Vertiefung der verfassungsmäßigen Rechte anzuspornen, wie es andererseits die in den Regierungskreisen herrschenden Besorgnisse deutlich an den Tag legt.“  
Die in mehreren Blättern auftauchende Nachricht, daß der preussische Justizminister Dr. Leonhardt die Absicht habe, nach dem Inkrafttreten der Reichsjustizgesetze von seinem Amte zurückzutreten — so wird uns aus Berlin geschrieben — fällt lediglich an spätere Gerüchte an, ohne in tatsächlichen Verhältnissen eine Grundlage zu haben. „Auch wird mit dem 1. October d. J. die neue Justizorganisation zwar in Kraft treten, aber keineswegs völlig durchgeführt sein. Wie wir vielmehr hören, sieht Dr. Leonhardt sich noch so kräftig, daß er augenblicklich nicht daran denkt, in den allerdings wohlverdienten Ruhestand zu treten. Wenn nun einige Correspondenten ferner den bekannten hochtätig gefürhten Unterstaatssecretair im Justizministerium, Dr. von Schelling, als präsumtiven Nachfolger Leonhardt's bezeichnen, so scheint Dies allerdings den politischen Verhältnissen ganz zu entsprechen, ist aber doch in keiner Weise begründet. Viel wahrscheinlicher ist es, daß Fürst Bischoff, wenn wirklich eine Vacanz im preussischen Justizministerium eintreten sollte, auf einen früheren Plan zurückkommen würde, das Reichsamt für Justizwesen und das preussische Justizministerium durch Personalunion zu vereinigen. Der Staatssecretair Dr. Friedberg hat bei verschiedenen Gelegenheiten — wir erinnern nur an das Socialisten- und an das „Krausfordgesetz“ — den Beweis geliefert, daß er mit staatsrechtlicher Virtuosität und Elasticität auf die kaiserlichen Intentionen einzugehen und dieselben juristisch zum Ausdruck zu bringen im Stande ist; er würde sicher nicht die „Homogenität“ eines Cabinets Bischoff's stören.“

Herr von Bennigsen hat jetzt einem Vertrauensmanne der Wähler seines bisherigen hannoverschen Landtagswahlkreises schriftlich seinen festen Entschluß mitgeteilt, kein Mandat für das Abgeordnetenhaus in der bevorstehenden Legislaturperiode wieder anzunehmen. Das Schreiben wird — so schreibt uns unser Berliner Correspondent — demnächst veröffentlicht werden. Gleichzeitig versichert man, daß der Führer der hannoverschen Liberalen seit zwei Decennien sich jetzt einem Freunde gegenüber während und privatum dahin geäußert habe, daß er seinen Sitz